

AKTUELLE CHRONIK

(März bis Mai 1982)

von
Herbert Kaminski

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Am 24.3. wurde Präsident Abdus Sattar durch einen unblutigen Staatsstreich unter Führung von Generalleutnant H.M. Ershad gestürzt. Ershad setzte Kriegsrecht in Kraft und ernannte Ahsanuddin Chowdhury, einen pensionierten Richter, zum Präsidenten. Der bisherige Vizepremierminister Jamaluddin Ahmed, mehrere ehemalige Minister sowie u.a. der bisherige Bürgermeister von Dacca wurden unter der Anklage der Korruption, des Machtmißbrauchs und staatsgefährdender Aktivitäten verhaftet. Von speziell einberufenen Kriegsgerichten wurden die Prozesse durchgeführt. Ahmed wurde am 1.5. zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Im Rahmen des Kriegsrechts wurden alle Studentenorganisationen aufgelöst und jedwede parteipolitische Betätigung verboten.

In zweitägigen Gesprächen mit Indiens Außenminister Narasimha Rao in Dacca (22.-23.5.) wurde vereinbart, daß beide Länder ihre Bemühungen zur Lösung des Problems über die Teilung des Ganges-Wassers verstärken werden.

BHUTAN. König Jigme Singye Wangchuk besuchte ab 17.3. Indien.

INDIEN. Fünftägiger Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinov Mitte März mit einer der hochrangigsten Militärdelegationen, die Moskau je in ein nicht-kommunistisches Land entsandte. Ustinov folgte damit einer Einladung von 1978. Mit Verteidigungsminister R.Venkataraman wurde u.a. über den Kauf bzw. Lizenbau weiterer MiG-Kampfflugzeuge verhandelt.

Das Parlament des Unionsstaates Kerala wurde am 17.3. aufgelöst. Am 18.3. trat - um einem Mißtrauensantrag zu ent-

gehen - die Regierung des Unionsstaates Assam zurück; daraufhin übernahm die Zentralregierung die Verwaltung.

Am 21.3. begann Premierministerin Indira Gandhi ihren Staatsbesuch in Großbritannien.

Die regierende Kongreßpartei gewann am 29.3. bei Wahlen zum Oberhaus 47 von 63 Sitzen.

Frankreich wird, lt. Le Monde, an Indien 40 Mirage-Bomber verkaufen (14.4.).

Am 17.4. führte Indira Gandhi in Saudi Arabien Gespräche über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Polizei verhaftete mehr als 2.000 Gewerkschaftler anlässlich eines eintägigen Streiks in Maharashtra.

Am 14.5. trafen chinesische Unterhändler zu chinesisch-indischen Grenzgesprächen in New Delhi ein. Am 20.5. endete diese zweite Verhandlungsrunde, ohne daß eine Einigung in Sicht war. Die dritten Gespräche sollen demnächst in Peking beginnen.

Drei von sieben Parlamentsnachwahlen gewann die regierende Kongreßpartei (23.5.). Bei Wahlen in Unionsstaaten gewann in Westbengalen die Kommunistisch-Marxistische Partei, in Kerala eine Koalition unter Führung der Kongreß(I)-Partei (24.5.).

NEPAL. Die verbotene kommunistische Partei Nepals will sich an Gemeinde- und Distriktwahlen beteiligen.

PAKISTAN. Anfang März schlossen sich weitere vier Parteien der Oppositionsallianz gegen die Regierung an. Damit umfaßt die Allianz "Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" zwölf Parteien. Am Vorabend des Nationalfeiertages wurden am 22.3. zwei führende Oppositionspolitiker, Fatheyab Ali Khan - Führer der Arbeiter- und Bauernpartei und Maraj Mohammad Khan von der Qaumi Mahazb Azadi, verhaftet. Heftige Demonstrationen im ganzen Land überschatteten den Nationalfeiertag. Wegen anhaltender Unruhen waren im März Universitäten und Colleges vorübergehend geschlossen. Präsident Zia-ul Haq hält z.Z. eine Rückkehr zur Demokratie für nicht möglich; nach seiner Ansicht würden gegenwärtig Wahlen einen Zustand hervorbringen, der schlimmer wäre als die Krise, die 1977 die Militärregierung an die Macht brachte.

Am 21.3. wurde der neue Außenminister Yaqub Khan vereidigt.

Etwa 100.000 Lehrer streikten in Sindh, um streikende Lehrer anderer Provinzen zu unterstützen.

Mitte April besuchte der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Afghanistan Islamabad.

Außenminister Yaqub Khan stattete der VR China Ende April einen offiziellen Besuch ab.

SRI LANCA schließt Mitte März mit Japan ein Investitionsschutz-Abkommen ab, durch das die Rückführung von Kapital, Gewinnen und Dividenden nach Japan gesichert und ein Verfahren für den Fall von Streitigkeiten festgelegt wird. Sri Lanca hofft, dadurch die bisher geringen Investitionen japanischer Privatfirmen steigern zu können.

S Ü D O S T A S I E N

BIRMA. Birmas Erdölproduktion sank 1981 auf 9,4 Mio. Barrel, nachdem 1980 noch 10,4 und 1979 10,8 Mio. gefördert werden konnten.

Außenminister U Chit Hlaing besuchte Mitte April Thailand, anschließend reiste er weiter nach Indonesien und Singapur.

BRUNEI entsandte Mitte März eine zwölköpfige Delegation zu einem Goodwill-Besuch nach Singapur. - Am 17.3. Besuch des malayischen Stellvertretenden Premierministers Datuk Musa Hitam. - Thailand plant, in Brunei ein Konsulat einzurichten.

INDONESIEN. Der Muslimführer Imram Mohammad Zain wurde am 13.3. in Jakarta wegen seiner Beteiligung an der letztjährigen Entführung eines indonesischen Flugzeugs zum Tode verurteilt.

Am 15.3. begann der offizielle Wahlkampf für die 4. allgemeinen Wahlen am 4.Mai. Es stellten sich zur Wahl: die regierende, vom Militär unterstützte Golkar, die muslimische Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) und die Demokratische Partei Indonesiens (PDI). Gewählt wurden das Parlament (bis auf 100 vom Präsidenten zu ernennende Mitglieder), regionale Körperschaften und damit auch der größte Teil des Beratenden Volkskongresses (oberstes Staatsorgan, das den Präsidenten wählt). Im Verlauf des Wahlkampfes kam es zu heftigen Demonstrationen und Ausschreitungen mit Toten

und Verletzten. Nach anfänglicher Zurückhaltung nahmen die Sicherheitskräfte auf Veranlassung von Sicherheitschef Sudomo dann doch zahlreiche Verhaftungen vor. Wegen der Berichterstattung über die Demonstrationen und die Wahlveranstaltungen von Golkar verbot die indonesische Regierung für unbestimmte Zeit das Erscheinen der angesehenen Wochenzeitschrift "Tempo" und das der muslimischen Tageszeitung "Pelita".

Am 3.5. führte der japanische Finanzminister Michio Watanabe mit Präsident Suharto Gespräche über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Das Ergebnis der Wahl vom 4.5. zeigte Golkar als eindeutigen Sieger, und zwar überzeugender, als viele Beobachter vorher vermutet hatten. Golkar konnte sogar sein gutes Ergebnis von 1977 übertraffen. So erhielt Golkar 64,06%, die PPP 28% und die PDI 7,93% der Stimmen. Die muslimische Partei PPP hat unerwartete Einbußen hinnehmen müssen. Allerdings kann nicht unerwähnt bleiben, daß es Wahlbeeinflussung zugunsten der regierenden Golkar, vor allem unter den Staatsbediensteten, gegeben hat. Die Sitzverteilung der 364 zu wählenden Parlamentarier wird jetzt voraussichtlich so aussehen: 244 Sitze für Golkar, 96 für PPP und 24 für PDI.

KAMBODSCHA. Anfang März kämpften Khmer Rouge Guerillas und vietnamesisch geführte Regierungstruppen im äußersten Westen des Landes, wobei anfangs letztere durch Einnahme von Basen bei Khao Din und Khao Leum leichte Gewinne erzielt haben sollen, während Mitte März Erfolge der Khmer Rouge gemeldet wurden. In der ersten Märzhälfte flüchteten mehr als 3.000 Kambodschaner vor vietnamesischen Truppen nach Thailand.

Die kambodschanische Anti-Vietnam-Front scheint sich nach einem Bericht des singapurischen Außenministers Suppiah Dhanabalan auf eine Einigung zuzubewegen: Die Koalition besteht aus Norodom Sihanouk, Son Sann und Khmer Rouge.

Außenminister Hun Sen besuchte Mitte Mai die Sowjetunion.

LAOS. Informationsminister Sisana Sisane lüftete ein langgeheutes Geheimnis: Die Staatspartei Lao People's Revolutionary Party (LPRP) hat z.Z. 40.000 Mitglieder.

Der III. Kongreß der laotischen Revolutionären Volkspartei endete am 3.5. mit der Wiederwahl von Premierminister Kay-

sone Phomvihane zum Parteivorsitzenden, außerdem wurde das Sekretariat von sechs auf neun Mitglieder und das Zentralkomitee um 30 Personen erweitert.

MALAYSIA. Anfang März besuchte Premierminister Mahathir Mohammad die Golfstaaten. Im Anschluß an seinen Besuch, bei dem u.a. die wachsende Militärpräsenz der Großmächte im Indischen Ozean kritisiert wurde, gab Mohammad den Plan der Gründung einer internationalen islamischen Universität in Malaysia bekannt, auf der in Arabisch und Englisch unterrichtet und die überwiegend von den Golfstaaten finanziert werden soll.

Anfang März wurde das erste gemeinsame Luftwaffenmanöver von Malaysia und Thailand durchgeführt. In der zweiten Märzhälfte wurden mit Neuseeland gemeinsame See- und Luftstreitkräfte-Übungen in Trengganu veranstaltet.

Die regierungseigene Heavy Industries Corp. Malaysia schloß mit einem japanischen Konsortium ein Joint Venture zur Errichtung einer 600.000 t Eisen-Verhüttungsanlage in Kemaman, Trengganu. Mit der Errichtung der 821 Mio.M\$ (= 352,4 Mio.US\$)-Anlage wurde im Mai begonnen; 1985 soll sie in Betrieb gehen. Nippon Steel, eine Gruppe von acht Firmen anführend, investiert 150 Mio.M\$ und die japanische Export-Import-Bank gewährt einen Kredit von 640 Mio.M\$ bei 7,75% Zinsen und einer Laufzeit von zehn Jahren.

Am 16.3. starb der Parlamentspräsident Tan Sri Syed Nasir Ismail im Alter von 61 Jahren an Herzversagen.

1981 wies Malaysia wegen sinkender Rohstoffpreise erstmals seit 1974 wieder ein Handelsbilanzdefizit von 2,79 Mrd. M\$ (= 1,2 Mrd.US\$) aus: Die Exporte sanken im Vergleich zu 1980 um 8,5% auf 20,78 Mrd.M\$, während die Importe um 12,5% auf 23,57 Mrd.M\$ stiegen. Die durchschnittlichen Exportpreise fielen 1981 bei Kautschuk um 17,5%, Zinn um 10,8%, Palmöl um 1,8% und bei zersägtem Holz um 9,3%.

Singapur wurde 1981 erstmals Malaysias wichtigster Handelspartner: mit einem Anteil von 17,7% übertraf es das bisher führende Japan.

Am 29.3. wurden das Parlament aufgelöst und am 22.4. Neuwahlen durchgeführt (über die in diesem Heft gesondert berichtet wird).

PHILIPPINEN. Anfang März erklärte Präsident Marcos, daß eine kommunistische Partei auf den Philippinen legal existieren könne, solange sie nicht mit Gewalt die Machtübernahme anstrebe. Diese Erklärung richtete sich gegen die Neue Volksarmee der CPP (Communist Party of the Philippines),

die wiederholt auch in neuester Zeit gegen Regierungstruppen kämpfte. Das revidierte Anti-Subversionsgesetz stellt nicht mehr die kommunistische Partei als solche unter Strafe, sondern alle Organisationen, die mit Gewalt gegen die Regierung bzw. den Einheitsstaat vorgehen; damit steht jetzt auch die Nationale Befreiungsfront der Moros lt. Gesetz unter Strafandrohung.

Präsident Marcos besuchte ab 20.3. Saudi Arabien, um mit König Khaled das Problem der muslimischen Minderheit auf den Südphilippinen zu beraten.

Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger Anfang April.

Präsident Marcos nahm am 10.5. die Rücktrittsgesuche aller Obersten Richter an, die wegen eines Gerichtsskandals zurücktraten. Am 14.5. setzte Marcos zwölf der ehemaligen und zwei neue Richter ein.

Bei den Lokalwahlen Mitte Mai konnte Präsident Marcos die Mehrheit aller Stimmen für seine Politik gewinnen. Bei Auseinandersetzungen vor und während der Wahlen wurden 14 Menschen getötet und mehr als 13.000 verletzt.

SINGAPUR. Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush ab 27.4.

THAILAND. Anfang März zerstörten Regierungstruppen zwei Guerillacamps im Grenzgebiet zu Malaysia; dabei wurde ein großes Munitionslager entdeckt.

An der Spitze einer 32-köpfigen Regierungs- und Militärmission reiste Innenminister General Sitthi Jirarite Anfang März nach Laos.

Mitte März wurden durch vietnamesische Artillerieangriffe 18 Menschen im thailändischen Grenzort Nong Chan getötet.

Mitte März Besuche des chinesischen Marinebefehlshabers Admiral Ye Fei und des holländischen Premierministers van Agt.

Am 17.3. trat der Stellvertretende Premierminister Thanat Khoman als Vorsitzender der Demokratischen Partei zurück.

Nach dreijährigen Verhandlungen hat die thailändische Regierung Ende März das zweite Erdgasabkommen mit der Union Oil of California über die Lieferung von 85-110 Mio.m³ täglich über 25 Jahre (beginnend 1986) abgeschlossen. Der Preis soll etwas über dem des ersten Abkommens (2,20 US\$

für 2800 m³) liegen, und die amerikanische Firma will etwa 1,3 Mrd.US\$ in die Förderung investieren.

Premierminister Prem besuchte Ende April Belgien und Österreich, und Außenminister Sitthi Sawetsila Anfang Mai die VR China.

Bei Nachwahlen in der Provinz Kalasin am 16.5. gewann die Social Action Party deutlich.

VIETNAM. Anfang März protestierte die Regierung offiziell gegen das Eindringen von 40 chinesischen Fischerbooten in zentralvietnamesische Hoheitsgewässer. Peking bestritt diesen Vorfall.

Zwei führende buddhistische Mönche wurden in Ho Chi Minh City verhaftet.

Generalsekretär Le Duan wurde auf dem V.Parteikongreß in seinem Amt bestätigt, ebenso blieben Pham Van Dong und Truong Chinh Mitglieder des Politbüros; Le Duc Tho rückte zum zweitmächtigsten Mann im Zentralsekretariat auf. Der Stellvertretende Premierminister Vo Nguyen Giap, der ehemalige Außenminister Hguyen Duy Trinh, der ehemalige Innenminister Tran Quoc Hoan sowie Le Van Luong und Nguyen Van Linh schieden aus dem Politbüro aus.

Besuch des ungarischen Außenministers Puja Anfang April. Anschließend begann der vietnamesische Außenminister eine dreiwöchige Reise durch Europa und Indien.

Im Rahmen einer Kabinettsumbildung wurde Vo Van Kiet Vizepremier und Vorsitzender der staatlichen Planungskommission.

O S T A S I E N

VR China. Anfang März besuchte eine Delegation der französischen KP Peking, um über die Normalisierung der gegenseitigen Parteibeziehungen zu verhandeln.

Die 5 Millionen Mann umfassende Volksbefreiungsarmee soll um eine Million reduziert werden.

In einer Kabinettsumbildung am 8.3. wurden mehrere Minister und Vizeminister entlassen, neu ernannt wurden u.a.: Chen Muhua als Ministerin für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen, Liu Yi als Handels- und Qin Zhongda als Chemieindustrie-Minister. Insgesamt wurde das Kabinett ver-

kleinert und "verjüngt", so wurde z.B. die Zahl der Vizepremiere von 13 auf 2 verringert.

China beschlagnahmte ein vietnamesisches Aufklärungsschiff mit zehn Mann Besatzung in den Gewässern der Paracel-Inseln (11.3.).

In der zweiten Märzhälfte besuchte der brasilianische Außenminister Ramiro Saraiva Guerreiro Peking. - Der chinesische Vizepremier Ji Pengfei nahm an den Nationaltag-Feierlichkeiten in Islamabad teil. Bei dieser Gelegenheit versprach er Pakistan bei der Abwehr jedweder Aggression von außen chinesische Hilfe.

Am 24.3. appellierte Leonid Brezhnev an die VR China, die seit 20 Jahren bestehende Feindschaft gegenüber der Sowjetunion aufzugeben. Moskau sei bereit, konkrete Schritte zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu unternehmen. Verteidigungsminister Geng Biao erklärte am 29.3., daß eine chinesisch-sowjetische Annäherung zumindest solange vietnamesische Truppen in Kambodscha und sowjetische Truppen in Afghanistan ständen, nicht möglich sei.

Der belgische Oberbefehlshaber Generalleutnant Etienne de Welder traf im April den chinesischen Oberbefehlshaber General Yang Dezhi, im Mai kam der portugiesische Oberbefehlshaber General Melo Egidio.

Der vom US-Verteidigungsministerium geplante Verkauf von militärischen Ersatzteilen an Taiwan wurde in Peking als eine Verletzung der chinesischen Souveränität bezeichnet (14.4.). Der amerikanische Vizepräsident Bush versuchte, bei seinem Besuch in Peking Anfang Mai diese Einwände auszuräumen. Ein gewisser Erfolg scheint seinen Bemühungen beschieden gewesen zu sein.

Am 16.4. wurde anlässlich des Besuchs des rumänischen Staatspräsidenten Ceausescu in Peking ein langfristiges Abkommen über wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der VR China und Rumänien abgeschlossen.

Die Verfassungs-Reform-Kommission beendete ihre Beratungen (21.4.). Die neue Verfassung wird die aus dem Jahre 1978 ablösen und u.a. wieder das Amt des Staatspräsidenten einführen.

In der zweiten Maihälfte verheerende Überschwemmungen in den Provinzen Guangdong und Guangxi.

HONGKONG. Am 21.3. wurde nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen ein Textilabkommen zwischen Hongkong und den USA geschlossen, das weniger restriktiv ausfiel als befürchtet und am 22.3. in Kraft trat.

Am 7.4. wurde - veranlaßt durch den Falkland-Konflikt - der argentinische Generalkonsul Ferrari des Landes verwiesen und alle Importe aus Argentinien, bis auf die Re-Exporte in die VR China, untersagt.

Sir Edward Youde übernimmt am 20.5. sein neues Amt als Gouverneur Hongkongs.

JAPAN. Mitte März wurde erneut ein japanisches Fischerboot bei den Nord-Kurilen von der sowjetischen Kriegsmarine aufgebracht.

Am 26.3. begann der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger Gespräche in Tokyo, durch die er die Japaner zu weiterer Erhöhung ihres Verteidigungshaushaltes bewegen wollte. Die Verhandlungen brachten in diesem Punkt keine Einigung.

Besuch vom kenyanischen Präsidenten Daniel Arap Moi (5.-10.4.), z.Z. Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit. Die Gespräche drehten sich u.a. um vermehrte Kapital- und technische Hilfe.

Nachdem Japan drei Jahre hintereinander Leistungsbilanzdefizite hatte hinnehmen müssen, weist es im Finanzjahr 1981/82 (beendet am 31.3.) einen Überschuß von 5,947 Mrd.US\$ auf (erwartet worden waren 10 Mrd.). Dieses Ergebnis wurde durch die starke Exportsteigerung (um 11% auf ca. 150 Mrd.US\$) bei etwa gleichbleibendem Import (ca. 130 Mrd.US\$) erzielt. Der Handelsbilanzüberschuß von 20,475 Mrd.US\$ betrug das Dreifache des Vorjahres. Die japanische Zahlungsbilanz weist für 1981/82 ein Defizit auf; bedingt durch die starken Kapitalabflüsse: Bei langfristigem Kapital ergab sich ein Defizit von 14,8 Mrd.US\$ (1980/81 lag ein Überschuß von 2,7 Mrd. vor), bei kurzfristigem Kapital ein Defizit von ca. 1 Mrd. (1980/81 ein Überschuß von knapp 4,8 Mrd.). Als Hauptursache für dieses Ergebnis gelten die im Vergleich zu Japan wesentlich höheren Zinsen in den USA und anderen westlichen Ländern.

Im Finanzjahr 1981/82 ist erstmals seit sieben Jahren die japanische Automobilproduktion u.a. auch wegen sinkender Exporte zurückgegangen, und zwar um 0,6% auf 11,11 Mio. Fahrzeuge.

Die EG-Kommission in Brüssel antwortete Anfang Mai auf eine parlamentarische Anfrage, daß Japan die geringste Kfz-Einfuhr von allen Ländern, die eine eigene Kfz-Produktion besitzen, aufweise. 1980 machten Kfz-Importe nur 1,6% der gesamten Neuanmeldungen in Japan aus. 1981 sank der europäische Kfz-Export nach Japan von 33.977 auf 23.500 Stück. Eine allgemeine Betriebserlaubnis sei bisher nur für einen Wagen (VW-Rabbit) erreicht worden. Die Kommission schätzt, daß durch japanische Kfz-Exporte in die EG 1980-81 in Europa etwa 120.000 Arbeitsplätze verloren gingen.

Die japanischen Unternehmensgewinne sind von Okt.81 bis März 82 um durchschnittlich 12% gestiegen bei einem Umsatzplus von 6%. Besonders erfolgreich schnitten die Öl- und Versorgungsunternehmen, aber auch Grundstoffindustrien, wie Stahlfirmen ab.

Im April verstärkte sich der Widerstand gegen die von der Regierung für Anfang Mai geplante Liberalisierung der Agrareinfuhren. Vom Parlamentsausschuß für Agrarfragen, von allen Agrarverbänden und auch vom Landwirtschaftsministerium werden diese Pläne abgelehnt. Für die regierende LDP, die traditionell von den Bauern gewählt wird, eine schwierige Lage. Der japanische Industrieverband fordert den Abbau der quantitativen Importbeschränkungen, wie sie vor allem für Agrarprodukte bestehen, um weitere protektionistische Maßnahmen des Auslands gegen japanische Produkte zu verhindern. Der bedeutendste japanische Wirtschaftsverband, Keidanren, forderte die Regierung auf, die z.Z. noch bestehenden 27 Importbeschränkungen (22 für landwirtschaftliche Produkte und 5 für hochentwickelte technische und sonstige nicht-landwirtschaftliche Güter) abzuschaffen. Gleichzeitig wurde ein weitgehender Zollabbau, die Erleichterung des Einfuhrverfahrens, die Beschleunigung der angekündigten Verwaltungsreform sowie die geringere Intervention des Staates in den Bereichen Bankwesen, Versicherungen, Datenübertragung und Verkehr gefordert.

Taiwan hat, nachdem sein Handelsbilanzdefizit 1981 mit Japan auf 3,45 Mrd.US\$ stieg, die Einfuhr von 1.546 verschiedenen japanischen Waren (überwiegend Konsumgüter, aber auch Investitionsgüter, wie Fahrzeuge und Fahrzeugteile) für unterschiedliche Zeiträume gänzlich ausgesetzt. Ein Vorgang, der in Japan Besorgnis erregt. Der Handel mit Taiwan stieg in den letzten zehn Jahren von 1,4 auf 10,4 Mrd.US\$. Taipeh fordert u.a. die Liberalisierung der Agrarimporte.

Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand Mitte April, etwa gleichzeitig konferierte der indische Außenminister Rao in Tokyo. Ab 23.4. besuchte US-Vizepräsident Bush Japan.

Etwa 10.000 Menschen demonstrierten auf Okinawa für den Abzug der dort stationierten 40.000 amerikanischen Soldaten (15.5.).

Son Sann, Führer der kambodschanischen Nationalen Volksbefreiungsfront, verhandelte in Tokyo mit Außenminister Yoshio Sakurauchi (19.5.), anschließend kam Singapurs Außenminister Suppiah Dhanabalan (24.5.).

Am 23.5. demonstrierten etwa 400.000 Menschen in Tokyo gegen Atomwaffen.

MACAO. Der Gouverneur Macaos, Konteradmiral Vasco do Almeida e Costa, besuchte Ende März für eine Woche Malaysia und besprach u.a. mit dem malayischen Außenminister Tan Sri Ghazali Shafie bilaterale Probleme und Fragen im Zusammenhang mit den vietnamesischen Flüchtlingen.

MONGOLEI. Der Stellvertretende Premierminister Sonomyn Luvsangombo, der auch Kandidat für das Politbüro der Revolutionären Volkspartei ist, wurde zum Sicherheitsminister ernannt. Ihm unterstehen Polizei, Grenztruppe und Spionageabwehr.

NORDKOREA. Präsident Kim Il Sung und Premierminister Li Jong Ok wurden von der VII. Obersten Volksversammlung in ihrem Ämtern bestätigt (5.4.).

Der südkoreanische Geheimdienst beschuldigt Nordkorea, etwa 105.000 politische Gefangene, die meisten ohne Gerichtsverfahren, in acht Internierungslagern festzuhalten (12.4.).

SÜDKOREA. Am 2.3. profitierten 2.863 Gefangene (davon 298 politische Häftlinge) von einer Amnestie bzw. Strafmin-derung anlässlich des 1.Jahrestages der 5.Republik. Kim Dae Jungs Haftstrafe wurde von lebenslang in 20 Jahre umgewandelt.

Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger begann am 28.3. Gespräche in Seoul. Vom 25.-26.4. Besuch von US-Vizepräsident Bush.

Mitte April wurde eine landesweite Aktion gegen nordkoreanische Spione und deren südkoreanische Helfer durchgeführt; 18 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zwischen Südkorea und Liberia wurde am 10.5. ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit in Seoul unterzeichnet.

Im Mai wurden das Ansehen von Präsident Chun Doo Hwan und seines Kabinetts aufgrund von Verwicklungen in illegale Börsengeschäfte stark erschüttert. Dieser Skandal war die ernsteste Krise des Präsidenten seit seiner Machtübernahme im Dez. 1979. Auch wenn er sein Amt behielt, ist seine Position geschwächt. Elf Minister, d.h. die Hälfte seines Kabinetts, mußten am 21.5. ihre Ämter aufgeben.

TAIWAN. Taiwan konnte im letzten Jahr seinen Energieverbrauch um 6% verringern, z.T. wegen verminderter Industrieaktivitäten, z.T. aufgrund von Sparmaßnahmen. Der Ölverbrauch sank um 8,2%, der von Elektrizität um 1,3%.

Das US-Verteidigungsministerium teilte am 13.4. dem Kongreß seine Absicht mit, an Taiwan Ersatzteile für Militärflugzeuge im Werte von 60 Mio.US\$ zu verkaufen. Der Kongreß billigte am 13.5. dieses Geschäft.

S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Mitte März führten Australien und die USA gemeinsame Luft- und Marinemanöver durch.

Bei Wahlen im Bundesstaat Victoria erlitt die regierende Partei am 3.4. eine empfindliche Niederlage mit einem Rückgang von 5,9% der Stimmen und dem Verlust von 15 Parlamentssitzen. Die bisherige oppositionelle Labor Party verfügt jetzt über eine Mehrheit von zwölf Sitzen.

Der ehemalige Außenminister Andrew Peacock verkündete Anfang April seine Absicht, gegen den derzeitigen Parteivorsitzenden und Premierminister Malcolm Fraser um den Vorsitz in der Liberalen Partei zu kandidieren. Bei der Wahl am 8.4. siegte der bisherige Amtsinhaber Fraser. Industrie- und Handelsminister Sir Phillip Lynch trat am 6.4. von seinem Amt als Stellvertretender Vorsitzender der Liberalen Partei zurück. Im Kabinett verließen Gesundheitsminister MacKellar und John Moore, Minister für Verbraucherangelegenheiten, ihre Ämter (19.4.).

Besuch von US-Vizepräsident Bush (29.4.-2.5.).

Ian Sinclair wurde Verteidigungsminister, Jim Carlton übernahm das Gesundheits- und John Hodges das Einwanderungsministerium.

NEUSEELAND. Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Maoris in Tauranga (15.4.).

Besuch von US-Vizepräsident Bush (ab 3.5.).

Die Regierung wehrte mit einer Stimme Mehrheit den Gesetzesantrag auf Verbot aller Kernwaffen auf dem Territorium und den Hoheitsgewässern Neuseelands ab (29.4.).

PAPUA-NEUGUINEA. Die australische Export Finance and Insurance Corporation stellte Mitte Februar einen Kredit von 212 Mio. A\$ für ein Kupfer- und Gold-Abbauprojekt zur Verfügung.

SÜDPAZIFISCHE INSELN. Tonga Durch den schwersten Wirbelsturm seit Menschengedenken wurden Anfang März etwa 45.000 Menschen (fast die Hälfte der Bevölkerung) obdachlos sowie nachhaltige Schäden an der Infrastruktur und in der Landwirtschaft angerichtet. Die Bundesrepublik Deutschland gewährte eine Soforthilfe von 50.000 DM. Französisch-Polynesien: Frankreich entschied Anfang März, trotz intensiver Proteste seine seit 16 Jahren durchgeführten Atombombenversuche im Mururoa-Atoll fortzusetzen. Am 26.3. wurde eine Bombe mit einer Sprengkraft von 15.000 t TNT gezündet. Fidschi entsandte Mitte März ein Bataillon (= 469 Soldaten) zur UN-Friedenstruppe auf die Sinai-Halbinsel. West-Samoa: Bei den Parlamentswahlen vom 27.2. erlitt die Partei des Premierministers Tupuola Efi eine empfindliche Niederlage, sie erreichte nur 15 Sitze, die Opposition 29. Vaio Kalone wird Mitte April zum neuen Premierminister gewählt. Mikronesien und Marshall-Inseln. Japan gewährt am 20.4. ersteren 200 Mio., letzteren 220 Mio. Yen nicht rückzahlbare Entwicklungshilfe zur Förderung der Fischerei.